

# Einmischen ausdrücklich erwünscht

Programm will Akteure mit Ideen und Projekten im ländlichen Raum fördern

VON GABRIELE VON TÖRNE

**Rheinbach.** Wie begegnet man Hassmails und gezielten Falschmeldungen? Wie lässt sich die demokratische Streitkultur fördern und welche Rolle spielt das persönliche Gespräch im Umgang mit extremen Positionen und Personen? Politische Bildung ist in Zeiten wachsender Polarisierungen besonders gefordert, Formate und Angebote für demokratische Prozesse auf Augenhöhe zu entwickeln. Mit dem neuen Förderprogramm „Miteinander Reden. Gespräche gestalten – Gemeinsam handeln“ werden für Akteure in ländlichen Räumen Ideen und Projekte gesucht und gefördert, die das Gemeinwohl stärken. Ziel ist es, die demokratische Streit- und Debattenkultur in der Bevölkerung, die Handlungskompetenzen des Einzelnen und dessen Eigenverantwortung zu stärken.

Auftaktveranstaltung des Qualifizierungs- und Kompetenzförderungsprogramms der politischen Bildung war im Rheinbacher Glasmuseum. Gekommen waren rund 60 Interessierte, die bis zum Nachmittag mit geladenen Fachleuten diskutierten und die von Daniel Kraft (Bundeszentrale für politische Bildung) und Janina Salden (Deutscher Städte- und Gemeindebund) moderierten Gesprächsrunden verfolgten.

„Die Bürger sollen sich durch Informations- und Wissensvermittlung ihre eigene Meinung



**Teilnehmer Eröffnungsrunde:** (v.l.) Ina Bielenberg, Klaus Lütkefедder, Janina Salden, Hanne Wurzel, Wiltrud Gieseke und Barbara Lüke.  
Foto: Matthias Kehrein

bilden und Lust und Mut bekommen, sich politisch einzumischen“, erklärte Initiatorin Hanne Wurzel. Die Leiterin des Fachbereichs Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelte die Idee mit ihrem Team im Dialog mit Bürgermeistern, Vertretern von Schulen, Vereinen und weiteren Ak-

teuren. Gesucht werden 100 Projekte deutschlandweit, geboten wird eine zweijährige Prozessbegleitung und finanzielle Unterstützung, die je nach Vorhaben zwischen 5000 und 12 000 Euro liegt. Das gesamte Fördervolumen beläuft sich auf eine Million Euro. „Es gibt viele gute Ideen,

das Handwerkzeug zu ihrer Verwirklichung wollen wir zur Verfügung stellen“, so Wurzel. Auch Einrichtungen außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung könnten selber Träger eines Projekts werden und Fragen zur politischen Bildung aufgreifen und erklären, wie etwa die Strukturen der

Kommunalverwaltung oder den Demokratiebegriff, führte Ina Bielenberg vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten aus.

Rheinbachs Bürgermeister Stefan Raetz forderte eine Verbesserung der Streitkultur. Wichtig für ein konstruktives Streitgespräch sei es gerade in der heutigen Zeit, dass es sachlich geführt und die Persönlichkeit des anderen geachtet werde. Der Umgang miteinander sollte „geprägt sein von Respekt und dem Anerkennen anderer Meinungen“. Wichtig sei nicht „die schnelle Schlagzeile“.

Mit Gastredner Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, vertrat Raetz die Auffassung, dass es den Deutschen gut gehe: „Wir sollten die Freiheit, in der wir leben, schätzen und weiter hochhalten.“ „Weniger Mails, mehr miteinander reden“, so lautete das Fazit von Landsberg. Der Publizist Jürgen Wiebicke, Autor des Buches „Zehn Regeln für Demokratieretter“, plädierte für einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft und die Aufnahme von Gesprächen vor allem mit Andersdenkenden. Die Fähigkeit von Visionen sei wichtig für die Gestaltung von Gesellschaft: „Wichtig sind nicht die 51 Prozent, sondern die drei oder vier Prozent, die die Kraft entwickeln, andere zu inspirieren.“

**Bewerbungsschluss** ist der 20. Januar. Infos unter [www.miteinander-reden.net](http://www.miteinander-reden.net)